

Wahlprüfsteine der Deutschen Evangelischen Allianz

Antworten der Linkspartei.PDS Landesverband Sachsen-Anhalt

Christen wählen Werte

Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute verderben (Sprüche 14,34)

Die Präambel unseres Grundgesetzes verweist auf die den Vätern und Müttern des Grundgesetzes bewusste Verantwortung vor Gott. Auch die Bundesländer haben in ihren Landesverfassungen weitgehend ähnliche Festlegungen getroffen. Auch wenn sich Deutschland heute gerne als weltanschaulich neutraler Staat darstellt und wenn sich die Europäische Union gerade nicht auf einen Gottesbezug in dem – freilich inzwischen gescheiterten – Europäischen Verfassungsvertrag verständigen konnte, sind wir doch davon überzeugt, dass Gottes Wort, wie es uns in der Bibel bezeugt ist, noch immer die besten Grundwerte für ein gelingendes Miteinander in der Gesellschaft beschreibt. Darum scheint es uns für das Wahlverhalten wesentlich zu sein, nach welchen Wertmaßstäben Kandidaten für politische Ämter wichtige Fragen der Gesellschaft von Heute beantworten. Weil unsere gesamte Kulturgeschichte ohne die christliche Ethik und biblische Grundorientierung nicht verständlich ist, richten wir unsere Fragen an den Zehn Geboten Gottes aus:

1. Ich bin der Herr dein Gott, du sollst keine anderen Götter neben mir haben.

In der verfassungsgebenden Versammlung, dem Parlamentarischen Rat, hat sich nach der Diktatur des Dritten Reiches eine Übereinstimmung ergeben, dass die wieder neu gewonnene Freiheit nicht ohne die Bindung an die „Verantwortung vor Gott“ erhalten und gestaltet werden kann. Dabei stand den Frauen und Männern nicht ein unbestimmter Gott vor Augen, sondern der Gott, der uns in der Bibel bezeugt ist. Auch wenn und gerade weil in unserem Volk Glaubens- und Gewissensfreiheit herrscht, ist die bewusste Bejahung der Verantwortung vor diesem Gott ein Staatsziel. Wir möchten von politisch Verantwortlichen wissen, wie sie zu dieser Zielvereinbarung stehen.

Deshalb fragen wir:

- Welche Bedeutung für die staatliche Gesetzgebung messen Sie heute der christlichen Ethik und dem jüdisch-christlichen Gottesverständnis zu?
- Sind Sie bereit, Gesetzesvorhaben danach zu beurteilen, ob sie mit den biblischen Grundlagen und dem christlichen Menschenbild übereinstimmen?
- Fordern Sie mit uns, dass es wieder zur in den Schulen zu vermittelnden Allgemeinbildung gehören muss, wenigstens die Kernaussagen der Bibel zu kennen?
- Sind Sie für die Beibehaltung des christlichen Religionsunterrichts an den Schulen?
- Wie stehen Sie zum Versuch, christliche Aussagen und christliche Symbole aus der Öffentlichkeit zu verbannen?
- Sind Sie der Auffassung, dass wir in Deutschland und Europa weiterhin ein Ja zur christlich begründeten Rechtskultur brauchen und ein Nein zu anderen Rechtssystemen, z.B. den islamisch begründeten Rechtsauffassungen?

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt:

Die Linkspartei.PDS ist pluralistisch und agiert ausnahmslos auf dem Boden des Grundgesetzes.

In der Partei gibt es konfessionslose wie konfessionell gebundene Mitglieder, Atheisten und weltanschaulich ganz unterschiedlich orientierte Menschen. Sie ist mithin keine Weltanschauungspartei.

Die Linkspartei.PDS hält die Trennung von Staat und Kirche für einen zentralen Wesenszug des Rechtsstaates und tritt dafür ein, dieses konstituierende Element unserer Gesellschaft nicht anzutasten.

Bei der Gestaltung und Begleitung sowie der politischen Bewertung von Gesetzesvorhaben steht für uns stets der Mensch, die Achtung seiner Menschenwürde im Mittelpunkt unserer Betrachtung – resultierend aus der Stellung des Menschen zu Freiheit und Verantwortung und aus seinen materiellen und geistigen, individuellen und sozialen Bedürfnissen.

Damit rücken wir die Grundansprüche des Menschen ins Zentrum, die in der Formulierung der Menschenrechte ihre Rechtsgestalt erhalten haben: in den persönlichen Freiheitsrechten, in den politischen und gesellschaftlichen Mitwirkungsrechten und in den sozialen Grundrechten.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine gesellschaftsgestaltende Politik ein, die zur Emanzipation und sozialen Integration der Menschen beiträgt.

Für uns sind in Sachsen-Anhalt die soziale Ausgrenzung von immer mehr Menschen durch Langzeitarbeitslosigkeit und ungleiche Bildungschancen die größten Probleme.

Aus unserer Sicht gibt es zwischen dem christlichen und sozialistischem Werteverständnis und Menschenbild Übereinstimmungen. In diesem Bewusstsein und wissend um Traditionen wie die des religiösen, christlichen Sozialismus, des Pazifismus usw. sucht die Linkspartei.PDS auch den Austausch mit konfessionell gebundenen BürgerInnen ebenso wie mit den beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland.

Die Linkspartei.PDS wird sich für die Entwicklung des wertevermittelnden Unterrichts auf der Grundlage der Landesverfassung weiter einsetzen. Eine Abschaffung des christlichen Religionsunterrichts hat sie auch in Sachsen-Anhalt nicht auf ihrer Agenda.

Dabei bleiben wir bei unserer kritischen Haltung gegenüber missionierenden Elementen in diesen Unterrichtsfächern. Ungeachtet dessen halten wir es für wichtig, dass in den Schulen Wissen über Religionen vermittelt wird, wozu nach unserer Auffassung ausdrücklich die Bibel, ihre Stellung in der geschichtlichen Entwicklung sowie ihre Kernaussagen gehören.

Die Linkspartei.PDS ist der Auffassung, dass Umfang und Qualität wertevermittelnden Unterrichts in Sachsen-Anhalt noch nicht ausreichend entwickelt sind. Zielstrebig müssen deshalb geeignete Lehrerinnen und Lehrer für den Ethik- und Religionsunterricht qualifiziert werden. Hilfreich wäre es aus unserer Sicht auch, wenn - auf Grund der Spezifik des Landes – es in größerer Zahl als bisher gelänge, gemeinsamen Religionsunterricht der evangelischen und katholischen Kirche anzubieten.

Um mehr Kinder und Jugendliche wirklich zu erreichen, muss sich jedoch auch etwas am gesellschaftlichen Klima ändern, dafür tragen alle gesellschaftlichen Kräfte, die Kirchen eingeschlossen, eine Verantwortung.

Wir halten es in Sachsen-Anhalt für undenkbar, christliche Aussagen und christliche Symbole aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Die Linkspartei.PDS erhebt auch keine solchen Forderungen weder in Sachsen-Anhalt noch sonst in einem Bundesland.

Ob die deutsche und europäische Rechtskultur tatsächlich allein christlich begründet ist und deshalb auch weiter bleiben sollte, liegt außerhalb dessen, was eine politische Partei zu beurteilen hat.

Die Linkspartei.PDS erkennt allerdings nicht, dass es maßgebliche Versuche gibt, die derzeitige Rechtskultur und damit das Rechtssystem einer fundamentalen Revision zu unterwerfen, und sie sieht selbst dafür auch keine Notwendigkeit.

2. Du sollst den Namen des Herrn deines Gottes nicht missbrauchen.

Alle im Grundgesetz festgelegten Grundrechte sind als Konsens in unserer Gesellschaft zu bewahren. Mitunter ist das aber nicht ohne Güterabwägung möglich, z.B. in der Auseinandersetzung zwischen der garantierten Freiheit der Kunst und der Verantwortung vor Gott. Mindestens die öffentliche Gotteslästerung muss deshalb untersagt und strafrechtlich bewehrt werden und kann sich nicht auf die Freiheit der Kunst berufen. Dasselbe gilt auch für den Schutz des religiösen Empfindens.

Deshalb fragen wir:

- Wollen Sie dafür sorgen, dass künftig Gotteslästerung und Verunglimpfung des christlichen Glaubens, auch in der Kunst und in den Medien, unterbunden werden?
- Sind Sie bereit, insoweit die Freiheit zur öffentlichen Meinungsäußerung einzugrenzen?

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt:

Die Linkspartei.PDS verurteilt jegliche Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung. Das schließt die Ablehnung der Verunglimpfung von kirchlichen Institutionen ein.

Die Freiheit der Presse, der Meinungsäußerung, der Wissenschaft und der Kunst schätzen wir als hohe Güter.

Die rechtlichen Regelungen, die diese Unabhängigkeit der Medien und diese Freiheit der Kunst bei der Berichterstattung bzw. bei der Darstellung garantieren aber auch Grenzen setzen, erscheinen der Linkspartei.PDS als ausreichend.

3. Du sollst den Feiertag heiligen.

Die Sonn- und Feiertagskultur war einst in Deutschland hoch entwickelt. Die Möglichkeit des Ruhetags bestimmte das öffentliche Leben. Dem entsprechend ist der Schutz des Sonn- und Feiertags nach Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung bis heute auch Verfassungsauftrag. Dennoch wird vielfach aus scheinbar

wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus oder schlicht wegen der Gewinnmaximierung auch an Sonn- und Feiertagen gearbeitet. Die Einstellung zum Charakter der Sonn- und Feiertage wird viele Entscheidungen beeinflussen, z. B. die der Erweiterung der Ladenöffnungszeiten.

Deshalb fragen wir:

- Wollen Sie dem Sonn- und Feiertagsschutz hohe Priorität einräumen?
- Wollen Sie eine weitere Öffnung von Verkaufsgeschäften an Sonn- und Feiertagen?
- Sind Sie dafür, dass aus wirtschaftlichen Erwägungen Sonntagsarbeit gestattet werden soll?

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt:

Die Linkspartei.PDS hat sich im Bund und im Land immer gegen die Verlängerung von Arbeitszeiten, die Ausdehnung der Sonn- und Feiertagsarbeit sowie der Ladenöffnungszeiten gewandt. Diese Maßnahmen sind in aller Regel familienunfreundlich, treffen oft gering entlohnte Frauen und sind wirtschaftspolitisch vielfach kontraproduktiv.

Neben diesen sozialen und ökonomischen Erwägungen verweisen wir darauf, dass die Linkspartei.PDS auch das Bedürfnis respektiert, ungeachtet dieser Überlegungen die Sonn- und Feiertage entsprechend der individuellen oder gemeinschaftlichen Vorstellungen und Traditionen, der religiösen eingeschlossen, zu begehen. Wir treten dafür ein, solche Tage in diesem Sinne zu schützen.

Die Ausweitung der Verkaufsgeschäfte an Sonn- und Feiertagen unterstützt die Linkspartei.PDS nicht. Wir sehen die erhofften wirtschaftlichen Effekte für den Einzelhandel nicht und befürchten erhebliche soziale Belastungen für die Beschäftigten, den Verlust sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze sowie einen verstärkten Verdrängungswettbewerb gegen kleine und mittlere Geschäfte.

Die Linkspartei.PDS hält eine Entwicklung für gefährlich, die nicht nur neue Zumutungen für die im Einzelhandel Beschäftigten in Kauf nimmt, sondern die Deregulierungen bei den Arbeitszeiten auf weitere Sektoren ausdehnt und so die Entsolidarisierung der Gesellschaft insgesamt vorantreibt.

Die Linkspartei.PDS hat sich parlamentarisch und außerparlamentarisch gegen diese Entwicklung gewandt und wird das auch weiterhin tun.

In bestimmten Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen ist jedoch die Arbeit an Sonn- und Feiertagen aus unserer Sicht unumgänglich oder aus insbesondere wirtschaftlichen Gründen unumgänglich (z.B. bei kontinuierlich ablaufenden oder länger andauernden technologischen Prozessen). Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein, den besonderen Charakter solcher Arbeit auch entsprechend zu vergüten bzw. zu würdigen.

4. Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren.

Deutschland eilt einer demografischen Katastrophensituation entgegen. Die Alterspyramide steht bereits auf dem Kopf. Kinderarmut und die Armut von Familien nehmen zu. Weithin wird als Prämisse der Familienpolitik die so genannte Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesehen. Unseres Erachtens sollte dagegen zuerst die faktische Diskriminierung der Vollzeit-Familientätigkeit beseitigt werden, damit auch für diesen wichtigen Berufszweig Chancengleichheit besteht (vergleiche hierzu die Thesen zur Familienpolitik der Deutschen

Evangelischen Allianz).

Deshalb fragen wir:

- Sind Sie bereit, die materielle und sozialrechtliche „Benachteiligung“ der Vollzeit-Eltern zu vermindern und zu beenden?
- Welche Bedeutung messen Sie der direkten Förderung der Familie (Kindergeld, Erziehungsgeld, Familiengeld und ähnliche Direktförderung der Familien) zu?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat für den Fall der vollzeitlichen Arbeit zugunsten eigener Kinder mindestens ebenso viel finanzielle Zuwendungen pro Kind aufbringt wie für die außerhäusliche Kinderbetreuung und außerfamiliäre Betreuung?
- Wie wollen Sie gewährleisten, dass künftig noch genügend Pflegekräfte in Alten- und Pflegeheimen zur Verfügung stehen?
- Wie werden Sie vermeiden, dass Medizin, ärztliche Hilfe und Pflege bei alten Menschen nicht aus Kostengründen noch weiter eingeschränkt werden?

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt:

Die Linkspartei.PDS vertritt den Grundsatz, dass alle Menschen, die in Familienarbeit Kinder erziehen oder Hilfebedürftige betreuen, unterstützt und gefördert werden sollen - unabhängig von ihrer Lebensweise oder dem Verwandtschaftsverhältnis. Die materielle Eigenständigkeit von Frauen und Männern soll durch den Rechtsanspruch auf eine Existenz sichernde Grundsicherung gewährleistet sein. Daneben fordern wir die rentenrechtliche Anerkennung von drei Jahren Kindererziehungszeiten für jedes Kind, auch für vor dem 1. Januar 1992 geborene, sowie die rentenrechtliche Anerkennung von Zeiten, in denen Angehörige im eigenen Haushalt gepflegt wurden. Abhängigkeiten innerhalb von Familien müssen dabei verhindert bzw. abgebaut werden. Dazu gehört für uns die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften beim ALG II und beim Sozialgeld ebenso, wie die des Ehegattensplittings.

Soziale Absicherung ist ein wichtiges Kriterium, sich für ein Kind zu entscheiden. So hat der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gezeigt, dass gerade Alleinerziehende, und das sind überwiegend Frauen, in einem hohen Maße von Armut betroffen sind. Deshalb unterstützt die Linkspartei.PDS den Grundsatz eines Elterngeldes als Lohnersatzleistung. Innerhalb unseres Konzeptes für eine soziale Grundsicherung sprechen wir uns auch für eine Kindergrundsicherung aus, die altersabhängig gestaltet werden soll. Als ersten Schritt hin zu dieser Grundsicherung wollen wir das Kindergeld auf 250 Euro anheben.

Für die Linkspartei.PDS ist die außerhäusliche Kinderbetreuung nicht nur ein Ersatz familiärer Leistungen. Für uns ist die Bildung und Förderung von Kindern in der Gemeinschaft anderer Kinder ein wichtiges Kinderrecht. Bildung und Förderung in der Gemeinschaft und mit professioneller Begleitung haben aus unserer Sicht einen besonderen eigenen Wert. Deshalb werden wir stets dafür plädieren, diesbezügliche Angebote in besonderer Weise zu fördern.

Wir sehen hierin auch einen wichtigen Teil der Verantwortung des Gemeinwesens für den Einzelnen und auch eine Form des Nachteilsausgleichs, für den die öffentliche Hand einstehen muss. Eine direkte Umlage der öffentlichen Mittel, die für die Förderung, Bildung und Betreuung von Kindern in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

aufgebracht werden, in gleicher Höhe auf die Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder zu Hause aufziehen, halten wir nicht für sachgerecht. Gleichwohl strebt die Linkspartei.PDS eine Grundsicherung für Kinder und die Einführung eines Elterngeldes an. Auf die vorstehenden Ausführungen wird in sofern verwiesen.

Die Gewährleistung einer qualitativ anspruchsvollen Betreuung und Pflege pflegebedürftiger Menschen setzt einerseits Änderungen in der Finanzierung des Systems voraus. Andererseits müssen auch innerhalb der Pflegestrukturen Änderungen erfolgen. Für uns sollen Prävention und Rehabilitation Vorrang haben. Bei Notwendigkeit pflegerischer Unterstützung hat die häusliche Pflege Vorrang vor der stationären Versorgung. Zur Unterstützung der häuslichen Versorgung sollen pflege-ergänzende Dienstleistungen und teilstationäre Angebote vorgehalten werden. Eine Umsteuerung von Finanzmitteln aus dem vollstationären in einen qualitätsgesicherten ambulanten Pflegebereich ist dringend geboten. Zugleich sind die Länder und Kommunen in der Pflicht, wenn es darum geht, stationäre Unterbringung zu vermeiden. Besonders wichtig ist es dafür, in den pflegeergänzenden Bereich zu investieren. Die Form einer bedarfsangemessenen Organisation von Pflege und Wohnen reduziert die pflegebedingten Belastungen insgesamt – auch die finanziellen Belastungen der Kommunen.

Die Linkspartei.PDS sieht in einer Umsteuerung bei der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme den Hauptansatzpunkt für die Gewährleistung der notwendigen medizinischen und pflegerischen Versorgung der Menschen. Dazu ist u. E. erforderlich, alle BürgerInnen (also auch Beamte, PolitikerInnen, Selbständige) in die gesetzlichen Sozialversicherungen einzubeziehen, die Beitragsbemessungsgrenzen schrittweise zu erhöhen und alle Einkommensarten für die Bemessung zugrunde zu legen (Bürgerversicherung). Damit würden die Lasten auf alle Schultern entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit verteilt, die breitere Basis würde eine Senkung der heute üblichen Beitragssätze ermöglichen und die Finanzierung der notwendigen Leistungen absichern. Gleichzeitig sind allerdings auch Strukturveränderungen z. B. im Gesundheitssystem vorzunehmen, die eine effektivere und ressourcensparende Arbeit sowie eine bessere Qualität befördern.

5. Du sollst nicht töten.

Dass Menschen nicht über Leben und Sterben anderer Menschen entscheiden können, ist eine der Grundübereinkünfte menschlicher Gesellschaften. Das daraus resultierende Recht des Menschen auf Leben als das oberste Freiheitsgut ist in unserem Verfassungsgefüge mehrfach abgesichert: - Artikel 1 – Die Würde des Menschen ist unantastbar; - Artikel 2 – Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit; - Artikel 3 – Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich... Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden; - Artikel 102 – Die Todesstrafe ist abgeschafft. Seit der Verabschiedung des Embryonenschutzgesetzes 1990 ist auch endgültig klargestellt, dass menschliches schutzwürdiges Leben mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzellen beginnt. Dennoch gibt es zur Zeit eine gesetzliche und gesellschaftliche Akzeptanz von Tötungen menschlichen Lebens durch die Zulassung der Einfuhr und Forschung an Stammzelllinien, die Zulassung

von Kindestötungen im Mutterleib in den ersten drei Monaten nach vorausgegangener Beratung, die Rechtmäßigkeit von Kindestötungen im Mutterleib aus bestimmten Gründen bis zur Geburt. Unbestritten bedeutet z. B. die Feststellung einer möglichen späteren Behinderung durch die pränatale Diagnostik zumindest zu 90 % ein faktisches Todesurteil des ungeborenen Kindes.

Deshalb fragen wir:

- Was gedenken Sie zu tun, um diese Tötungen einzudämmen?
- Sind Sie bereit, die zu Schwangerschaftskonfliktberatung zugelassenen Stellen daraufhin zu überprüfen, ob sie ihre Arbeit verfassungs- und gesetzestreu tun?
- Wollen Sie Kindestötungen wegen festgestellter Behinderung im Mutterleib weiter zugelassen wissen?
- Sind Sie für weitere Lockerungen des Embryonenschutzgesetzes und des Stammzellgesetzes
- Wollen Sie die Zulassung von Euthanasie verhindern, wie sie jetzt z. B. in den Niederlanden und Belgien eingeführt sind?
- Wollen Sie dauerhaft gesetzliche Euthanasieregelungen verhindern, wie sie jetzt z. B. in Holland und Belgien eingeführt sind?
- Wie stehen Sie zur Forderung innerhalb der Europäischen Union, in allen Ländern ein Recht auf Abtreibung zu installieren?

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt:

Bei der Frage des Schwangerschaftsabbruchs hat die Linkspartei.PDS immer die Position vertreten, dass neben dem Schutz des ungeborenen Lebens auch das Recht auf Selbstbestimmung der Frau zum Tragen kommen muss. Die Entscheidung der Frau ist dabei ausschlaggebend. Die Konfliktbeladenheit entsprechender Entscheidungsprozesse macht eine umfassende Beratung notwendig. Die Linkspartei hält die Regelungen der Richtlinie für das Verfahren zur Anerkennung von Beratungsstellen gemäß §§ 8 und 9 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes dahingehend für ausreichend. Die Richtlinie setzt aus unserer Sicht vernünftige Qualitätsstandards für das Anerkennungsverfahren und fordert die regelmäßige, mindestens alle drei Jahre durchzuführende Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen der Stellen. Eine weitere restriktive Änderung des Rechts auf Abtreibung lehnt die Linkspartei. PDS daher ab.

Wegen einer festgestellten Behinderung des ungeborenen Kindes darf aus unserer Sicht keine Frau zu einem Schwangerschaftsabbruch gedrängt werden.

Euthanasieregelungen lehnt die Linkspartei.PDS ab.

Wir sprechen uns gegen die Patentierung von Lebewesen und Genen aus. Der verantwortungsbewusste Umgang mit den Möglichkeiten der Bio- und Gentechnologien muss gesichert werden.

6. Du sollst nicht ehebrechen.

Ehe und Familie sind die kleinsten Verantwortungsgemeinschaften in der Gesellschaft. Sie zu schützen und zu stärken ist nach Artikel 6 des Grundgesetzes Aufgabe des Staates. Weil dem so ist, ist auch die Zunahme der Ehescheidungen nicht nur ein privates, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Ehescheidung und Ehebruch und die Folgen der Situation von Patchwork-Familien werden in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien, als Normalfall gehandelt und nicht selten tendenziell dem Modell Ehe und Familie gegenüber sogar

bevorzugt. Immer häufiger haben Verheiratete gegenüber Nicht-Verheirateten finanzielle Nachteile – z.B. als Witwen und Witwer, als Arbeitslose und Empfänger staatlicher Hilfeleistungen. Andererseits vermittelt die staatlich finanzierte „Kondomkampagne“ den Eindruck, dass Sexualität keineswegs an Treue und verlässliche Partnerschaft gebunden sein soll. Auch stellt sich nach der Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes verstärkt die Frage des so genannten „Abstandsgebots“.

Deshalb fragen wir:

- Was werden Sie tun zur Stärkung der Ehebereitschaft und Eheerhaltung?
- Sind Sie bereit, die Propagierung familienzerstörender Elemente in den Medien gegebenenfalls auch durch gesetzliche Schutzmaßnahmen zu vermindern bzw. zu verhindern?
- Was werden Sie tun, damit Verheiratete bezüglich des Steuerrechts, des Sozialrechts und des Versorgungsrechts in unserm Staat nicht teilweise schlechter gestellt bleiben als Unverheiratete oder Geschiedene?
- Sind Sie für die Beibehaltung des Ehegattensplittings?
- Wollen Sie, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften die gleichen Rechte in unserem Staat genießen wie die heterosexuelle Ehe?
- Sind Sie der Auffassung, dass auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften Adoptionsmöglichkeiten erhalten sollen?
- Wie stehen Sie zur Gleichberechtigung von Mann und Frau angesichts um sich greifender islamischer Vorstellungen (Kopftuch, Verhüllung, Zwangsheirat, Vielehe)?

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt:

Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Die Ehe sollte gegenüber anderen Familienformen und Partnerschaften nicht privilegiert werden.

Diejenigen, die Kinder aufziehen oder in familiärer Gemeinschaft Hilfsbedürftige betreuen, bedürfen der besonderen Förderung des Staates. Wir treten für die rechtliche Gleichstellung aller Formen auf Dauer angelegten Zusammenlebens ein, soweit darin vom Grundsatz die allgemeine Würde des Menschen und die im Grundgesetz verbrieften Bürgerrechte geachtet werden. Ausgehend von dieser Position werden Gesetze für bestimmte Lebens- und Familienformen überflüssig.

Wir wollen die Einführung der Individualbesteuerung, das Ehegattensplitting sollte abgeschafft werden.

Im Sinne der rechtlichen Gleichstellung aller auf Dauer angelegter Formen des Zusammenlebens betrachten wir auch die Fragen des Adoptionsrechtes und der Steuerpolitik. Die Linkspartei.PDS vertritt diese Grundsätze wie auch das Gebot der Gleichstellung von Mann und Frau gleichermaßen gegenüber Menschen islamischen Glaubens.

Für die Linkspartei.PDS ist das Grundgesetz bindend. Artikel 5 des Grundgesetzes sichert die Rechte auf Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit. Ebenso benennt das Grundgesetz die Schranken dieser Rechte. Die Linkspartei.PDS beabsichtigt nicht, für die Verschärfung dieser Bestimmungen einzutreten.

Sofern mit „familienzerstörenden Elementen“ Tatbestände, die unter den Jugendschutz fallen, gemeint sind, so sieht die Linkspartei.PDS hier keinen

zusätzlichen Regulierungsbedarf. Das aktuelle Jugendschutzrecht ist ausreichend.

Jugendschutz heute ist aus unserer Sicht nicht zuallererst eine Frage des staatlichen Verbots, sondern der Bildung und Aufklärung in Elternhaus, Freizeit und Schule. Es geht um Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung der Kinder wie auch der Lehrenden und der Eltern.

7. Du sollst nicht stehlen.

Über die Hälfte aller angezeigten Diebstähle werden in unserem Land nicht aufgeklärt und damit auch nicht strafrechtlich geahndet. Auch dadurch wird die Hemmschwelle zum Diebstahl stetig weiter gesenkt. Vergehen ähnlich dem Betrug und der Unterschlagung werden zum Teil als „Kavaliersdelikte“ behandelt. Schon gibt es z. B. vereinzelt Hinweise in Rundfunksendern, wann auf welchen Strecken in öffentlichen Verkehrsbetrieben Fahrkartenkontrollen durchgeführt werden. Das Gegenteil von Stehlen ist Schenken und Gutes tun. Viele fragen sich, ob wir mit unserem Wohlstand genügend beitragen zur Verhinderung und Vermeidung von Armut, Krankheit, Hunger und Elend in einer globalisierten Welt.

Deshalb fragen wir:

- Was wollen Sie tun, um die Kriminalitätsrate zu senken und die Aufklärungsrate zu steigern?
- Wie wollen Sie die organisierte Kriminalität stärker bekämpfen?
- Wie stehen Sie zu den international vereinbarten Millenniumszielen der Vereinten Nationen? Welche wollen Sie unterstützen und wie?
- Die Belastung jüngerer und kommender Generationen durch hohe Staatsschulden und defizitäre Sozialsysteme, sind „intergenerationeller Diebstahl“. Was gedenken Sie dagegen zu tun?

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt:

Das Bedürfnis nach einem Zusammenleben ohne Gewalt und Kriminalität hat einen hohen Stellenwert unter den Problemen der Menschen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auf ausgewählte Eckdaten der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2005 in Sachsen-Anhalt verweisen:

- 216.186 Straftaten wurden im vergangenen Jahr in Sachsen-Anhalt registriert. Das sind 12.461 Delikte weniger als im Vorjahr, was einem Rückgang um 5,4% entspricht.
- Die Aufklärungsquote ist auf 58,5% gestiegen. Das sind 1,1%-Punkte mehr als 2004. Diese Quote liegt im bundesweiten Vergleich im oberen Drittel. Der Bundesdurchschnitt lag 2004 bei 54,2%.
- 44,2% aller Delikte sind dem Diebstahl zuzuordnen.

Die vorliegenden Ergebnisse bescheinigen den BeamtInnen bei der Kriminal- und Schutzpolizei in Sachsen-Anhalt eine gute und engagierte Arbeit. Doch sind sie keinesfalls ein Grund, die aktuelle Situation hinsichtlich der Öffentlichen Sicherheit im Land Sachsen-Anhalt schön zu reden.

Damit auch künftig gute Arbeit im Interesse der Steigerung der Aufklärungsrate durch hochmotivierte PolizistInnen des Landes geleistet werden kann, fordert die Linkspartei.PDS:

- die Entwicklung eines bedarfsgerechten Personalentwicklungskonzeptes zugunsten der Flächenpräsenz,
- die Realisierung einer Polizeistrukturreform, welche die Polizeireviere und Stationen vor Ort stärkt,
- die Reduzierung der vorhandenen Polizeidirektionen im Zuge der Kreisgebietsreform,
- die Umsetzung des „Bedarfsorientierten Schichtdienstmanagement“ ausschließlich mit Beteiligung der BeamtInnen an den Entscheidungsprozessen,
- eine leistungsbezogene, angemessene Vergütung,
- eine moderne Ausrüstung und Technik.

Unser Konzept zur Öffentlichen Sicherheit - auch hinsichtlich der Senkung der Kriminalitätsrate - zielt dabei auf einen ressortübergreifenden Ansatz, der gesellschaftliche Prävention vor Repression stellt. In diesem notwendigen Präventionskonzept müssen die Konfliktvermeidung und die Suche nach gewaltfreien Formen des Interessenausgleichs Priorität genießen.

Die Linkspartei.PDS sieht Kriminalität als ein komplexes gesellschaftliches Problem, auf das es folglich gilt, komplexe politische Antworten zu finden.

Wir setzen vor allem darauf, dass durch eine bessere Politik in den Bereichen Jugend, Bildung, Erziehung, Beschäftigung und Familie die beste Präventionsarbeit geleistet werden kann.

Öffentliche Sicherheit zu garantieren, schließt damit für uns ein, die Ursachen für Straftaten zu erkennen und zu bekämpfen.

Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen.

Eine Politik der öffentlichen Sicherheit beginnt mit der vorbeugenden Verhinderung von Straftaten im rechts- und sozialstaatlichen Rahmen - das gilt ebenso für Straftaten im Bereich der organisierten Kriminalität.

Eine vernünftige Kriminalpolitik muss an den Wurzeln des Übels ansetzen.

Nicht mehr Repression, sondern mehr Prävention und damit gesellschaftliche Änderung sind notwendig. Hier eröffnet sich ein weites Feld für mögliche vorbeugende Ansätze, die die generalpräventive Wirkung einschlägiger Strafgesetze fördern.

Kriminalitätsbekämpfung kann und soll aus Sicht der Linkspartei.PDS als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden.

Kriminalitätsbekämpfung darf jedoch nicht zu einer Aushöhlung von elementaren Grund- und Freiheitsrechten der BürgerInnen führen.

So gilt für die Linkspartei.PDS das unverrückbare Prinzip der strikten Trennung von Polizei und Verfassungsschutz in der Strafverfolgung.

Gleichzeitig lehnen wir solche Maßnahmen der Verbrechensbekämpfung - wie den Großen Lauschangriff - strikt ab.

Im Interesse einer wirksamen und erfolgreichen Bekämpfung der organisierten Kriminalität muss die Polizei des Landes materiell und personell so ausgestattet werden, dass sie die in diesem Zusammenhang anstehenden Aufgaben erfolgreich und motiviert bewältigen kann.

Auf die eingangs formulierten Positionen wird verwiesen.

Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen geben ein ehrgeiziges Programm zur Reduzierung der weltweiten Armut vor.

Sie werden ausnahmslos von der Linkspartei.PDS unterstützt.

Der neoliberalen Globalisierung setzen wir Forderungen entgegen, die auf die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards gerichtet sind, welche die Menschenrechte stärken und eine demokratische Regulation der Finanzmärkte verlangen.

Die Entwicklungshilfeleistungen müssen - so wie es die Vereinten Nationen fordern - auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Mit einer umfassenden Entschuldung, der Förderung von Schritten einer selbstbestimmten wirtschaftlichen Entwicklung müssen gerechtere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd hergestellt werden. Notwendig ist eine umfassende Demokratisierung der internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank.

Wir treten für eine Stärkung und Reform der UNO ein.

In der Tat werden den kommenden Generationen Jahr für Jahr mehr finanzielle Belastungen auferlegt. Die hohen Staatsschulden können nur dann verringert werden, wenn Wirtschaftswachstum mit der Stärkung des Binnenmarktes einhergeht, also alle an dem produzierten Reichtum stärker beteiligt werden. Dazu muss ein ebenso einfaches wie sozial gerechtes Steuersystem kommen, das die Schwächeren entlastet und dennoch der öffentlichen Hand Mehreinnahmen sichert. Endlich bedarf es des schrittweisen Umbaus der sozialen Sicherungssysteme nach dem Motto: Von allen für alle! sowie einer intelligenten Gestaltung des Prinzips der Parität, etwa durch Übergang zur Wertschöpfungsabgabe.

Die Linkspartei.PDS hält jedoch Sparpolitik um jeden Preis nicht für richtig. Denn die Auswirkungen der Agenda 2010 zeigen: Sparen bei sozialen Leistungen führt zur Schwächung der Massenkaufkraft und erschwert Maßnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Hier droht ein Teufelskreis: Die Massenarbeitslosigkeit steigt weiter und der Bedarf an sozialen Leistungen wächst. Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen. Im Resultat kommt es zu Sozialabbau und zu weiterer Neuverschuldung.

Auch eine weitere Neuverschuldung des Bundes, der Länder und Kommunen kann in einem konkreten Haushaltsjahr sinnvoll und notwendig sein. Nämlich dann, wenn die aufgenommenen Kredite wirksam zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. Zum Beispiel für ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Umwelt und Infrastruktur, das den Binnenmarkt stabilisiert, die Massenkaufkraft stärkt und kleine und mittlere Unternehmen fördert. Oder für den Einstieg in öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren und die Förderung arbeitsplatzschaffender, umweltfreundlicher und zukunftsfähiger Investitionen.

8. Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten.

Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Wahrheit und Treue erleiden in unserem Land „Schwindsucht“. Falschaussagen, auch von Menschen des öffentlichen Lebens, erschüttern den „kleinen Mann auf der Straße“. Andererseits stellt sich auch die Frage, wie gegen Hetze und Hasspredigten, Anstachelung zur Gewalt und Gewaltverherrlichung sowie die bewusste Verfälschung von Fakten vorgegangen werden kann. Muss hier nicht auch die Meinungsfreiheit enden?

Deshalb fragen wir:

- Was gedenken Sie zu tun, damit in unserer Gesellschaft Wahrhaftigkeit gefördert und die Unehrlichkeit verhindert wird (z.B. in Politik, Wirtschaft, Medien und im Steuerwesen)?
- Welche Rolle sollten Politiker im Hinblick auf Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit spielen?
- Was wollen Sie tun, dass im Hinblick auf das Toleranzgebot die Wahrheitsfrage des christlichen Glaubens, christliche Mission und christliche Ethik weiter offensiv vertreten werden dürfen (Stichwort: Antidiskriminierungsgesetz!)?
- Welche Maßnahmen möchten Sie zur Verurteilung von Hetze und Hasspredigten, Anstachelung zur Gewalt und Gewaltverherrlichung sowie die bewusste Verfälschung von Fakten ergreifen?

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt:

Wahrhaftigkeit ist auch für uns ein wichtiges Element solidarischen gesellschaftlichen Zusammenlebens.

In diesem Sinne geht es uns in erster Linie um mehr Gerechtigkeit, vor allem soziale Gerechtigkeit. Eine Gesellschaft, die von der überwiegenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger generell und für sich selbst als sozial gerecht empfunden wird, ist die beste Prävention gegen Lüge und Betrug aus wirtschaftlichen Gründen. Darüber hinaus wollen wir mehr Mitbestimmung und Beteiligung, mehr Demokratie. Natürlich muss es um Recht und Gesetz gehen, der Rechtsstaat ist zu verteidigen und zu stärken – nach allen Seiten, nicht nur gegen Kriminelle sondern auch gegen alle, die bürgerliche Freiheiten einschränken wollen oder auf Verblendung, Hass und Demagogie setzen. Schließlich nimmt keine Institution den Menschen ihre persönliche Verantwortung für ihr Verhalten ab.

Politiker haben in Deutschland selten die Rolle von Vorbildern in Sachen Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit gespielt, der Berufsstand wird traditionell in der Bevölkerung gering geschätzt. Die Linkspartei.PDS meint, dass dies nicht so bleiben sollte, und setzt sich u.a. für Transparenz der Einkommen und Beschäftigungsverhältnisse von Abgeordneten ein. Wir sind dabei realistisch genug zu wissen, dass die Selbstbindung von Politikern nicht ausreichend sein wird, es muss immer und in letzter Instanz bei den Bürgerinnen und Bürgern liegen, durch ihre Wahl jeweils die Politiker zu wählen, von deren Integrität sie sich überzeugt haben.

Die Linkspartei.PDS hat sich für das Antidiskriminierungsgesetz ausgesprochen.

Die Linkspartei.PDS ist bisher immer öffentlich und in der parlamentarischen Debatte gegen jede Form von Gewalt und Gewaltverherrlichung aufgetreten. Das wird sie auch in Zukunft tun.

Die vorhandenen Möglichkeiten der Strafverfolgung sollen und müssen ausgeschöpft werden, sie sind gegeben und ausreichend.

Demokratisch beschlossene Gesetze gilt es rechtstaatlich durchzusetzen und konsequent anzuwenden.

Die Linkspartei.PDS steht für ein gesellschaftliches Klima, wo Werte wie Offenheit, Toleranz und Gewaltfreiheit sowie Akzeptanz und Respekt die Beziehungen zwischen den Menschen prägen. Dafür müssen entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

9. Du sollst nicht begehren deines Nächsten...

Viele Menschen in unserem Land haben den Eindruck, dass sich Leistung nicht lohnt. Andererseits besteht ein Unverständnis über astronomisch hohe Bezüge einiger „Top-Leistungsträger“. Neid ist an der Tagesordnung. Die Bereitschaft, mit anderen zu teilen – angefangen von der Einsicht des Steuerzahlers, der für die Gesellschaft gibt - ist nicht stark entwickelt. Als „erfolgreich“ gilt, wer ein hohes Einkommen auch dadurch erzielt, dass er durch entsprechende Organisationsstrukturen oder durch manche fragliche „Geschicklichkeit“ wenig Steuern bezahlt.

Deshalb fragen wir:

- Was gedenken Sie gegen die hohe Staats- und Abgabenquote zu tun?
- Wie wollen Sie die Steuergerechtigkeit erhöhen?
- Was werden Sie tun, um zu einem besseren Familienleistungsausgleich zu kommen?
- Was wollen Sie tun, damit sich auch für Empfänger von Sozialleistungen eigene bezahlte Arbeit „lohnen“ kann?
- Wie wollen Sie die Arbeitslosigkeit vermindern? Welche Maßnahmen wollen Sie zuerst ergreifen?
- Wie wollen Sie die Arbeitsbereitschaft stärken?

Antworten der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt:

Die Linkspartei.PDS meint nicht, dass die Staatsquote insgesamt im internationalen Vergleich zu hoch ist.

Die Linkspartei.PDS hat auf Bundesebene ein Steuerkonzept vorgelegt, mit dem sie mehr Gerechtigkeit durchsetzen will. Dieses Steuerkonzept orientiert neben der Minderung der Steuerbelastung für unterdurchschnittliche Einkommen auf insgesamt deutlich höhere Einnahmen für die öffentliche Hand durch konsequente Umsetzung des Prinzips der Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen und realisiert diese Mehreinnahmen vor allem durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine progressiv angelegte Körperschaftsteuer, ein neues Herangehen an Steuersubventionen, die Intensivierung des Kampfes gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht und die Besteuerung von Börsengeschäften

Die Linkspartei.PDS hat mit ihrem Steuerkonzept auch Ideen für einen besseren Familienlastenausgleich vorgelegt. Bei der Einkommensteuer sollen generell 12.000 Euro steuerfrei bleiben. Der Steuersatz soll bei 15 % beginnen und bis zu einem Einkommen von 60.000 Euro linear auf 50 % ansteigen. Die Linkspartei.PDS will die meisten Ermäßigungstatbestände streichen, besteht jedoch auf dem Erhalt der Steuerfreiheit für Schichtzuschläge und für Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen. Bei der Pendlerpauschale sieht das Steuerkonzept eine Erhöhung von derzeit 30 auf 40 Cent pro Entfernungskilometer vor. Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sollen vollständig steuerfrei gestellt und das Kindergeld von 154 auf 250 Euro erhöht werden. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes um 8 %, die Streichung des Ehegattensplittings und der Wegfall der meisten steuerlichen Subventionen sorgen dafür, dass trotz der massiven Entlastungen der kleinen und mittleren Einkommen und der Familien mit

Kindern keine weitere Senkung des Aufkommens aus der Einkommensteuer erfolgt.

Wir fordern, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als ALG II plus Kosten der Unterkunft und als Zuverdienst aus „Ein-Euro-Jobs“ in der Tasche haben, als Nettolohn, also im Arbeitnehmerstatus mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen – ohne die Zwänge und Demütigungen, die ihnen bei ALG II und Ein-Euro-Jobs zugemutet werden. Kommen ein Teil des durch ein gerechteres Steuersystem erzielbaren Einnahmen und Gelder aus vorhandenen Förderfonds von Ländern, Bund und Europäischer Union dazu, dann treten an die Stelle von Arbeitslosigkeit und Ein-Euro-Jobs reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Solche Arbeitsplätze sollen zusätzlich dort entstehen, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Das ist möglich durch einen Einstieg in öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, für die die spezifischen Bedingungen tariflich auszuhandeln sind.

Weiterhin setzen wir uns für ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Umwelt und Infrastruktur ein, das den Binnenmarkt stabilisiert, die Massenkaufkraft stärkt und Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen fördert.

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto im Monat (ca. 8 € Pro Stunde). Damit wird ein Weg aus sozialer Ausgrenzung eröffnet und andererseits eine Sicherung gegen sozialen Abstieg errichtet. Dies sind Gebote der Achtung der Menschenwürde und ein wirtschaftspolitisch vernünftiger Beitrag zur Steigerung der Binnennachfrage und der Absatzchancen kleiner und mittlerer Unternehmen. In Wirtschaftsbereichen, in denen die niedrigsten tariflichen Lohngruppen oberhalb dieses Mindestlohns liegen, sollen die Tarifverträge leichter für allgemein verbindlich erklärt werden können. Ein Entsendegesetz muss allen Branchen vorschreiben, dass für Lohnzahlung und Arbeitsbedingungen die Standards des Arbeitsortes gelten.

Wir gehen grundsätzlich nicht von einer mangelnden „Arbeitsbereitschaft“ der Menschen in unserem Land aus. Die unerwartet hohe Nachfrage nach den „Ein-€-Jobs“ weist eher auf das Gegenteil hin. Das Problem liegt eher in gesellschaftlichen Bedingungen, die es vielen Menschen tatsächlich erschweren, eine bezahlte Arbeit zu finden, die ein auskömmliches Dasein ermöglicht.